

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschleife: Tagesblatt Rieser.
Vertrieb Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Stabs der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weihen.

Postkonto: Dresden 1530
Circuläre Rieser Nr. 52.

Nr. 142.

Freitag, 20. Juni 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Zutretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertitelt, wenn der Beitrag vorzeitig, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Schriftliche Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langes & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

Die deutsch-französischen Beziehungen.

Die Frage der deutsch-französischen Beziehungen steht augenblicklich im Vordergrund der Aufmerksamkeit aller politischen Kreise. Nach der Regierungserklärung Herrriots haben die Berliner Regierungskreise sich bemüht, alle Neuheiten zu vermeiden, die geeignet wären, in Paris Mißtrauen hervorzurufen. Aus diesem Grunde wird das außenpolitische Programm Herrriots in dem offiziellen Organ des Außenministers Stresemann sogar noch viel freundlicher besprochen als in der Linkspresse. Wie heute mitgeteilt wird, wird nicht Reichsfürst Dr. Marx, sondern Außenminister Dr. Stresemann in einer Rede auf die Programmklärung Herrriots eingehen. Stresemann wird voraussichtlich in den nächsten Tagen in Dessau sprechen und in seinen Ausführungen dem französischen Ministerpräsidenten antworten. Man weiß, daß Dr. Stresemann sehr viel Wert darauf legt, eine direkte Ausdrucksweise mit den gegnerischen Staatsmännern herbeizuführen, aber er hat in seinen Bemühungen bisher kein Glück gehabt. Es ist ihm nicht gelungen, eine direkte Ausdrucksweise mit einem alliierten Staatsmann herbeizuführen, aber das ist nicht seine Schuld, denn tatsächlich blieben ihm alle Wege sowohl nach London als auch nach Paris verschlossen, solange der Kurs Poincarés die Situation beherrschte. Ob Dr. Stresemann in absehbarer Zeit Gelegenheit haben wird, eine Aussprache mit dem französischen Ministerpräsidenten Herrriot herbeizuführen, ist zur Zeit noch nicht vorzusehen. Es scheint jedenfalls die Ansicht des deutschen Außenministers zu sein, Herrn Herrriot zu gelegener Zeit aufzusuchen. Gerade in Frankreich hatte Dr. Stresemann früher ein gewisses Maß von Vertrauen besessen, das aber erschüttert wurde, nachdem er in so geschickter Weise die Liquidation des Ruhrunternehmens durchzuführen hatte. Stresemann gehört zu denjenigen deutschen Politikern, die einer Verständigung mit Frankreich sympathisch gegenüberstehen und sich niemals der Täuschung hingeben haben, daß die englische Politik gewillt sein könnte, Deutschland gegenüber Frankreich ernsthaft zu unterstützen. Weil Stresemann sich dieser Illusion nicht hingeben will, ist er überzeugt davon, daß eine Verständigung mit Frankreich dringend notwendig wäre. Ob er aber noch Gelegenheit haben wird, als Minister des Auswärtigen ein Arrangement mit Frankreich zu treffen, erscheint unsicher, da bereits in kurzer Zeit neue Verhandlungen über die Umbildung des Kabinetts Marx stattfinden sollen. Es heißt, daß Dr. Stresemann durch eine andere Persönlichkeit ersetzt werden soll, was zur Zeit nicht wahrscheinlich ist, weil die Deutsche Volkspartei ihn unter keinen Umständen preisgeben will.

Wie sich die deutsch-französischen Beziehungen zu dem Problem einer Verständigung mit Frankreich stellen, ist bereits bekannt. Die deutsch-französischen Beziehungen sind für solange unmöglich, solange Frankreich deutsches Gebiet mit seinen Truppen besetzt hält. Die Auffassung der anderen Parteien geht jedoch nicht so weit. Das Zentrum und die Demokraten sind vielmehr der Meinung, daß in der Frage der deutsch-französischen Beziehungen niemals die Ursache mit den Bedingungen verwechselt werden dürfte. Die Ruhrbesetzung sei die Folge des gegenseitigen Mißtrauens und einer schroffen Gewaltpolitik Poincarés gewesen. Die neue französische Regierung habe in jeder Form die Fortsetzung der Poincaré-Politik abgelehnt, aber im Hinblick auf die noch nicht gelöste Sicherheitsfrage die Beilegung der Ruhrbesetzung noch zurückgestellt. Da es keinen anderen Weg gibt, als sich entweder mit Frankreich zu verständigen oder den Konflikt auf die Spitze zu treiben, sei der Weg der friedlichen Lösung aus sehr vielen Gründen vorzuziehen. Das Zentrum und die Deutsche Volkspartei lassen sich dabei hauptsächlich von der Erwägung leiten, daß die Befreiung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes niemals erfolgen würde, wenn der Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich verewigt würde. Darüber müßte sich jeder ernsthafte Politiker Deutschlands klar sein, solange keine Aussicht besteht, die französischen Truppen mit Gewalt aus den deutschen besetzten Gebieten zu entfernen, es schließlich und schließlich wäre, die Möglichkeit einer friedlichen Befreiung der deutschen Gebiete außer Acht lassen zu wollen.

Dr. Stresemann zu den Erklärungen Herrriots:

Dessau, 19. Juni. In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei erklärte der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, er wisse nicht daran, daß die neuen Männer in Frankreich die bisherigen Methoden nicht fortzusetzen gedächten, betonte jedoch, daß die psychologische Wirkung der Amnestierung der Gefangenen nur dann in Deutschland eintreten könne, wenn die Amnestie ausnahmslos sei. Die Erklärung Herrriots über die Amnestie des Ruhrgebietes lasse er dahin auf, daß das Inkrafttreten aller mit dem Gutachten verbundenen Beschlüsse und der Beginn der deutschen Leistungen mit der Aufhebung der Besetzung Hand in Hand gehe. Wenn dazu die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität Deutschlands komme, so werde das Tor zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland wieder geöffnet und damit die Einheit des Reichs wieder hergestellt sein. Deutschland erwarte von einer lokalen Durchführung des Gutachtens einige Jahre ruhiger Entwicklung, wenn auch der ausgetragene Tätigkeit zur Hervorbringung der Leistungen.

Die Festigkeit der Rentenmarkwährung.

Berlin, 20. Juni. Die Stabilität der Rentenmark, die nach der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens durch die kommende Geldwährung ersetzt werden soll, hat sich nach wie vor als unerlässlich erwiesen. Bei den letzten Erhebungen über die Höhe der Inanspruchnahme der Rentenbank zur Verfügung stehenden Mittel hat sich ergeben, daß die vorgelegenen vier Prozent des Mehrbeitrages noch nicht erreicht worden sind, sondern etwa erst drei Prozent. Man sieht sich also in die Lage versetzt, weitere ein Prozent flüssig zu machen und entweder durch Neuanschaffung von Rentenmarkscheinen oder durch Gewährung von Krediten anzulegen. Es wäre eine durchaus irrige Ansicht, hierin eine neue Inflationsmaßnahme erblicken zu wollen. Nach Äußerungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ist die Stabilität der Rentenmark durchaus gesichert. Sie wird zudem in absehbarer Zeit durch das neue Geld der Goldkreditbank ersetzt werden. Weiter wird versichert, daß der Befehlsmark über die neue Goldkreditbank, welcher eine gewisse Verschmelzung von Goldkreditbank und Reichsbank darstellt, bereits fertig vorliegt und die Kredite des Auslandes gesichert sind. Die Rentenbank selbst wird nach Errichtung der Goldkreditbank völlig aufgelöst werden.

Um das Sachverständigen-Gutachten.

Berlin, 20. Juni. Die endlosen Auseinandersetzungen der Parteien vor der Bildung des neuen Reichskabinetts über das Sachverständigen-Gutachten haben den Regierungsparteien fortwährend Anlaß gegeben, das Sachverständigen-Gutachten als ein unteilbares Ganzes hinzustellen. Man hat jedoch augenblicklich in politischen Kreisen den Eindruck einer gewissen Richtungslosigkeit hinsichtlich der Behandlung der Gutachtenfragen, insofern, als man einige Punkte herausgreift, sie behandelt und die Gesamtwerke darüber fertigstellt. Die Taktik der Ententemächte geht nämlich dahin, die für Deutschland schmerzhaften Teile des Gutachtens vor Erledigung des Gesamtproblems bereits unter Dach zu bringen und in Kraft treten zu lassen, so z. B. die Frage der Goldkreditbank und nachher die schwierigen Probleme in Form von Forderungen an Deutschland zu erzwingen. Deutschland läuft bei dieser Methode ungewollt Gefahr, sich in seiner Weite gegen Übergriffe sichern zu können. Die Bestrebungen werden wohl eine Mehrheit finden, alle Fragen durchzubringen, ehe von deutscher oder Entente-Seite in irgendeiner Frage eine Bindung erfolgt.

Zumutungen in der französischen Kammer.

Paris, 20. Juni. Die Kammer wurde gestern nachmittags 3 Uhr unter dem Vorsitz Bainlevés eröffnet. Der frühere Finanzminister Bokanowski kündigte die Regierung über die Finanzpolitik des neuen Ministeriums. Er forderte den Ministerpräsidenten auf, sich klar darüber auszusprechen, ob er die von dem Kabinett Poincaré angelegten Steuern zu widerrufen gedente. Bokanowski stellte eine derartige Finanzpolitik als eine außerordentliche Gefahr für den Frank-Rues hin. Um 6 Uhr waren die Interpellationen zu Ende und Herrriot begann die Erwiderung. Gleich zu Anfang seiner Ausführungen ergriff er ein politisches Wort. Von der linken Seite waren einige unverständliche Zwischenrufe gemacht worden. Es fiel das Wort „Mörder“. Die Rechte erhob sich von den Bänken und riefte zur Rede zurück. Die Linke folgte diesem Beispiel. Es entstand ein ungeheurer Tumult. Der Präsident hob die Sitzung auf. Herrriot verließ die Rednertribüne inmitten eines lauthörbaren Tumults. Um 7 Uhr abends wurde die Sitzung wieder aufgenommen.

Paris, (Funknachricht). In der Nachtigung der Kammer kam es zu einer energischen Auseinandersetzung über die Politik der Regierung gegenüber Elsaß-Lothringen. Eine von der Rechten eingebrachte Interpellation vertrat den Standpunkt, daß eine vollkommene Gleichstellung möglich sei. Dagegen behauptete der neu gewählte Sozialist Weil, die Mehrheit der Elsaßer und Lothringer habe sich für die Beendigung des Ausnahmestandes ausgesprochen. Der lothringische Abgeordnete Schumann erklärte, von 24 lothringischen Abgeordneten hätten ihn 21 beauftragt, gegen die Erklärung des Ministerpräsidenten zu sprechen. Abgeordneter Weil könne also für die drei übrigen Abgeordneten nicht die Mehrheit der Wähler in Anspruch nehmen. Ministerpräsident Herrriot erklärte, es könne kein Konkordat in Elsaß-Lothringen geben, da das Konkordat in Frankreich abgeschafft sei. Die Debatte wird daher geschlossen und es kam bei der Erläuterung der Abstimmung zu ungeheuren Tumulten, die schließlich in eine Schlägerei, hauptsächlich zwischen den Kommunisten und Sozialisten, ausarteten. Die Sitzung mußte unterbrochen, die Tribünen geräumt werden.

Der neue Präsident des Senats.

Paris, 20. Juni. Der Senat hat den früheren Ministerpräsidenten und Vizepräsidenten des Senats Dr. Selves zum Präsidenten des Senats gewählt. Dr. Selves hat 151 Stimmen erhalten, während der Kandidat der Linkspartei, namentlich der Vizepräsident des Senats Dien von Martin nur 134 Stimmen erhielt. Gegen 5 Uhr wurde das Resultat der Wahl des Republikaners Dr. Selves in der Kammer bekannt. Die Rechtsparteien erhoben sich von ihren Sitzen und riefen: „Es lebe der Senat! Es lebe der Senat!“ Die Linksparteien entfielen einen ungeheuren Tumult. Der Sozialdemokrat Moutet rief: „Wir fürchten den Senat nicht!“

Der Deutsche Industrie- und Handelstag für die Kreditpolitik der Reichsbank.

Am Anschluß an ein Referat des Vizepräsidenten Excellenz Dr. Glafsenopp über die Kreditpolitik der Reichsbank faßte der Deutsche Industrie- und Handelstag folgende Entschlüsse: Der Deutsche Industrie- und Handelstag anerkennt mit rückhaltlosem Danke die Bemühungen der Reichsbank, die deutsche Währung stabil zu halten und bittet um unbedingte Fortführung einer auf dieses Ziel gerichteten Politik, unbeschadet der Notwendigkeit gewisser Veränderungen in Einzelheiten der Kreditgewährung. Angesichts der großen Kreditnot von Handel und Industrie bittet indes der Deutsche Industrie- und Handelstag die Reichsbank, die Lage dauernd darauf hin zu prüfen, ob nicht ohne Gefährdung des obigen Zieles Erleichterungen möglich werden können und dies zu tun, sobald es möglich ist.

Die Verhandlungen zwischen dem Reich und Bayern.

Berlin, 20. Juni. Die Reichsregierung hat auf das Ersuchen der bayerischen Regierung, die Post Bayern wieder zurückzuerhalten, geantwortet, daß auf Grund des Staatsvertrages vom Jahre 1919 von der Rückgabe der Post an Bayern keine Rede mehr sein könne, nachdem das Reich 620 Millionen Mark Abfindungssumme gezahlt habe. Die Reichsregierung erklärt sich aber bereit, in Verhandlungen mit Bayern darüber einzutreten, die während der Inflationszeit gezahlten 620 Millionen Papiermark anzuerkennen. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen über das Eisenbahngesetz im Sachverständigen-Gutachten auch auf die Post übergriffen müssen, weil Post und Eisenbahn, z. B. bei der Beförderung der Postwagen durch die Eisenbahn sehr miteinander verflochten seien, als daß man die Fragenkomplexe trennen könnte. Man müßte also auch abmorden, zu welchem Resultat die Verhandlungen über das Eisenbahngesetz führen werden. Die Verhandlungen der Regierung mit Bayern werden in kürzester Zeit beginnen.

Dr. Breitscheldts Besuch bei Herrriot.

Berlin, 20. Juni. Wie wir hören, hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheldt, der im Auftrage seiner Partei bei dem französischen Ministerpräsidenten Herrriot am Mittwoch nachmittag vor sprach, der französischen Regierung nahegelegt, ohne Einschränkung die Freilassung aller Ruhrgefangenen zu verlangen. Dr. Breitscheldt teilte dem französischen Ministerpräsidenten mit, daß die demokratischen Kreise in Deutschland die endgültige Amnestie des Ruhrgebietes in absehbarer Zeit erwarten, da sonst eine Stärkung der Demokratie in Deutschland nicht erfolgen könne. In den rechtserhebenden politischen Kreisen war die Vermutung ausgesprochen worden, daß Dr. Breitscheldt im Einverständnis mit der Reichsregierung nach Paris gefahren sei. Dies wird jedoch vom Auswärtigen Amt auf das Entschiedenste bestritten. Die Regierung steht der Pariser Reise Dr. Breitscheldts völlig fern. Trotz der unbestreitbar guten Absichten Dr. Breitscheldts könne das Reichskabinett es nicht billigen, daß er als deutscher Politiker in Beziehungen zur französischen Regierung trete.

Die unerträgliche Lage der Stadt Düsseldorf.

Der stellvertretende Bürgermeister von Düsseldorf Geusen hat in einem Schreiben an den General Douchy in ergreifenden Worten die durch die Besetzung zur Un-erträglichkeit gesteigerte Lage der Stadt Düsseldorf geschildert. Er verweist darauf, daß die Besetzung der Stadt Düsseldorf die größte aller Garnisonen in besetzten Gebieten sei und zählt alle die öffentlichen und auch privaten Gebäude auf, die für Zwecke der französischen Truppen beschlagnahmt worden sind. Danach fährt er fort: „Auch sind für die Unterbringung der Truppen 19 Schulgebäude mit 304 Klassenräumen, 13 Turnhallen und sonstigen Nebenräumen beschlagnahmt worden, wodurch 8947 Schüler am Besuch ihrer zuständigen Schulen verhindert sind. Ihr Unterricht mußte in anderen Schulen erfolgen. An Privatgebäuden sind außer dem ganzen Stahlfabrik, einem großen Teil des Löwenhauses und des Mannesmannhauses 14 Fabriken und gewerbliche Anlagen vollständig und 12 teilweise beschlagnahmt worden, ferner 102 Ställe, Schuppen und Garagen. Zur Unterbringung von Generälen, höheren Offizieren und Büros sind weiterhin 40 ganze Wohnhäuser in Anspruch genommen, ferner 1660 Quartiere für verheiratete Offiziere und Unteroffiziere der Garnison und 8600 Quartiere für ledige Angehörige der Besatzungstruppen. Durch die neuerdings erfolgte Beschlagnahme der sogenannten Schuppalerne, in der annähernd 150 Familien untergebracht waren, ist es notwendig geworden, zur Unterbringung dieser Familien sechs weitere Schulen in Anspruch zu nehmen. Die Kinder dieser Schulen entbehren jedes Schulunterrichts.“ Das Schreiben erinnert ferner daran, daß durch die Beschlagnahme des Kunstpalastes die Kunstausstellung dieses Sommers unmöglich sein und auch die für das wirtschaftliche Leben der Stadt Düsseldorf so wichtige Mutterkorn voranschreitlich nicht wird abgehalten werden können. Die wohlhabendsten Mitbürger verließen wegen der unerträglichen Quartierverhältnisse ihren Wohnsitz in Düsseldorf. Aus allen diesen Gründen bittet schließlich der Bürgermeister um Verminderung der Garnison und insbesondere darum, daß von der geplanten Verlegung eines Artillerieregiments nach Düsseldorf Abstand genommen werde.